

eing. 03/05.2018 Ge.



Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD-Ratsfraktion Lüdenscheid

Fraktionsvorsitzender Jens Voß, Vusmecke 7, 58513 Lüdenscheid
Tel.: 0 23 51 / 1 29 17, Handy: 0170 / 81 83 268, E-Mail: JensVoss@t-online.de

Lüdenscheid, 3. Mai 2018

Herrn
Bürgermeister Dieter Dzewas
Rathausplatz 2

58507 Lüdenscheid

Anfrage für den öffentlichen Teil der Ratssitzung am 14. Mai 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
lieber Dieter,

zeitgemäße Online-Kommunikation stellt für den Außenauftritt von Verbänden und Unternehmen eine nicht mehr wegzudenkende Aufgabe da. Gleiches sollte für Kommunen gelten.

Daher stellt die SPD-Fraktion folgende Anfrage an die Verwaltung:

1. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung zur zügigen Etablierung einer zeitgemäßen Online-Kommunikation?
2. Welche Aufgaben sollte die Online-Kommunikation der Stadt erfüllen und welche Kanäle sollten „bespielt“ werden?
3. Wie kann die Weiterentwicklung bei veränderten Trends gewährleistet werden?
4. Ist für die angemessene Durchführung der Online-Kommunikation die Schaffung einer zusätzlichen Stelle notwendig?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Philipp Siewert

(SPD-Ratsherr)

(Jens Voß, Fraktionsvorsitzender)

Fraktionsvorsitzender Jens Voß, Vusmecke 7, 58513 Lüdenscheid - Mobil: 0170 81 83 268
Konto der SPD-Fraktion Lüdenscheid: IBAN: DE28 4585 0005 0000 0003 64

Anfrage der SPD-Fraktion für die öffentliche Sitzung des Rates am 14.05.18
zur Online-Kommunikation

Antwort:

Online-Kommunikation im herkömmlichen Mailverkehr bis zu Online-Formularen und Online-Anträgen ist bei der Stadt Lüdenscheid seit Jahren gängige Praxis.

Geplant ist auch Entwicklung eines Konzepts zur Präsenz der Stadt Lüdenscheid in den sozialen Medien (SM). Ziel ist es, Bevölkerungsgruppen mit Botschaften der Stadt zu erreichen, die sich nicht oder nicht nur über klassische Medien wie z. B. die Tageszeitung informieren. In Krisenfällen ist eine schnelle Verbreitung der städt. Informationen über diese Kanäle möglich.

Es sind relevante Plattformen zu identifizieren, kommunikationsrelevante Inhalte zu bestimmen, Guidelines zu erarbeiten, die den dienstlichen und privaten Umgang mit SM regeln und dabei insbes. auch bestimmen, wer im Interesse einer einheitlichen städtischen Kommunikation Beiträge posten darf. Auch müssen Datenschutzbelange die notwendige Berücksichtigung finden.

Nach Verabschiedung des Konzepts ist es einzuführen und als Daueraufgabe umzusetzen und an die sich in diesem Bereich schnell wandelnden Anforderungen und Rahmenbedingungen anzupassen.

Für die Erstellung des Konzepts wird davon ausgegangen, dass zunächst ein Personalmehrbedarf im Umfang einer halben Planstelle entstehen wird. Hierzu wird in der Ratssitzung vor den Sommerferien im Rahmen eines Nachtrags zum Stellenplan ein entsprechender Antrag vorgelegt.

Gez.

Dieter Dzewas